



# Barthle-Brief

Nr. 74

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

29.5.2009

Thema der Woche:

## **Bundespräsident Horst Köhler bestätigt**

**CDU-Landesgruppe gratuliert und sieht in der Wiederwahl ermutigendes Signal für den Herbst**

Am vergangenen Samstag, dem 23. Mai 2009, kam die 13. Bundesversammlung im Berliner Reichstagsgebäude zur Wahl des Bundespräsidenten zusammen. Die Union aus Baden-Württemberg war neben den 31 Bundestagsabgeordneten der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg auch mit 39 Persönlichkeiten aus dem Südwesten vertreten, die auf Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion in die Bundesversammlung entsandt wurden. Neben Vertretern der Politik, wie dem Ministerpräsidenten Günther Oettinger und seinen beiden Vorgängern Lothar Späth und Erwin Teufel und dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Stefan Mappus, nahmen auch prominente Vertreter der Zivilgesellschaft, wie der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Dieter Hundt, die Ex-Boxweltmeisterin Regina Halmich, die Olympiasiegerin im Fechten Esther Weber und der Meisterkoch Harald Wohlfahrt an der Wahl zum Bundespräsidenten teil. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und mit ihr die Wahlfrauen und Wahlmänner der Union aus Baden-Württemberg gratulierten Bundespräsident Horst Köhler zu seiner Wiederwahl. Horst Köhler hat sich durch seinen Einsatz hohe Zustimmung in allen Kreisen der Bevölkerung erworben. Immer wieder hat er nachdrücklich auf Probleme aufmerksam gemacht und einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt eingefordert. Auch international ist er hoch geachtet – nicht zuletzt wegen seines beeindruckenden Engagements für die Menschen in Afrika. Ein solcher Präsident ist ein Glücksfall für unser Land. Gerade in der aktuellen Situation, in der viele Menschen durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise beunruhigt und verunsichert sind, ist es gut, mit Horst Köhler einen Garanten für Stabilität und Verlässlichkeit im obersten Staatsamt zu haben.

Die Union hat sich deshalb entschieden für eine zweite Amtszeit von Bundespräsident Köhler ausgesprochen. Dabei wussten sie auch die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger auf ihrer Seite. Es wäre gut gewesen, wenn die Vertreter aller demokratischen Parteien an der bewährten Praxis festgehalten hätten, keinen Wahlkampf um das höchste Staatsamt zu veranstalten. Leider hat sich die SPD nicht an diese Tradition gehalten, sondern die Wahl des Bundespräsidenten zum Schauplatz von Machtspielen gemacht, bei denen sie und ihre Kandidatin Gesine Schwan auch ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der Linkspartei nicht gescheut hat. Die Mitglieder der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg sind erleichtert, dass das Kalkül der sozialdemokratischen Führung um das höchste Staatsamt nicht aufgegangen ist und Horst Köhler bereits im ersten Wahlgang in seinem Amt bestätigt wurde. In der ersten Sitzung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag nach der Wiederwahl von Bundespräsident Horst Köhler, am Montag dieser Woche, waren auch die FDP-Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg eingeladen. Vertreter beider Landesgruppen begrüßten nach der gemeinsamen Sitzung – es war bereits das zweite Treffen dieser Art in diesem Jahr – die Bestätigung Horst Köhlers im Amt des Bundespräsidenten. Beide Seiten sahen darin ein ermutigendes Signal für die Bundestagswahl im kommenden Herbst. „Die Bestätigung Horst Köhlers als Bundespräsident im ersten Wahlgang der Bundesversammlung zeigt, dass die bürgerlichen Kräfte in Deutschland wieder Mehrheiten organisieren können“, so der Abgeordnete Georg Brunnhuber, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag.

### **Für eine starke Stimme in Europa**

In einem am Montag dieser Woche verabschiedeten gemeinsamen Manifest rufen CDU und CSU dazu auf, bei der Europawahl am 7. Juni 2009 christdemokratische Europapolitik zu stärken: für ein Europa mit größerem internationalem Gewicht, für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, für eine stabile Währung und für Sicherheit in Europa. Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahren an Gewicht gewonnen, darum geht es bei dieser Wahl um eine grundsätzliche Weichenstellung. In der kommenden Legislaturperiode muss in der Europäischen Union eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung und für weniger Bürokratie verfolgt werden.

Dabei sollen in Brüssel nur die Entscheidungen getroffen werden, die einer europäischen Regelung bedürfen. Nicht die großen europäischen Projekte werden die Europapolitik der nächsten Jahre prägen, sondern eine angemessene Aufteilung von Aufgaben und Kompetenzen. Für die Europäische Kommission muss gelten: gründliche Rechtsumsetzung vor neuen Initiativen. In der Außenpolitik muss Europa mit einer Stimme sprechen, auch um die soziale Marktwirtschaft, die wir in Europa haben, international zu verankern. Für die Erweiterungspolitik gilt „Europa braucht Grenzen“. Deshalb treten wir für eine Privilegierte Partnerschaft mit der Türkei ein. Diese ist für beide Seiten die bessere Lösung.

### **Agrardieselsteuer gesenkt**

Die aktuelle Wirtschaftskrise trifft auch unsere Land- und Forstwirte hart. Wichtige Absatzmärkte sind ihnen weggebrochen. Wir müssen ihnen daher helfen, wo wir dies können. Um die deutsche Landwirtschaft international wettbewerbsfähig zu halten, haben wir uns in dieser Woche darauf geeinigt, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe wieder von dem reduzierten Mineralölsteuersatz auf Agrardiesel von 25,56 Cent pro Liter profitieren. Der „Selbstbehalt“ von 350 Euro je Betrieb bei der Rückvergütung der Mineralölsteuer entfällt auf zwei Jahre befristet, ebenso die Deckelung von maximal 10.000 Litern je Betrieb. Wir werden die Land- und Forstwirte dadurch mit etwa 285 Millionen

Euro im Jahr entlasten. Diese Regelung soll schon für das Jahr 2009 gelten.

Damit stärken wir die Position unserer Landwirte im internationalen Wettbewerb und helfen, die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern, die Pflege der bäuerlichen Kulturlandschaft zu gewährleisten und die Versorgung unseres Landes mit gesunden Lebensmitteln zu ermöglichen.

### **Haushaltsgrundsätze neu gefasst**

In zweiter und dritter Lesung stand in dieser Woche das Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetz (HGrGMOG) zur Verabschiedung an, mit dem die bislang zwingende Verpflichtung, das Haushalts- und Rechnungswesen für Bund und Länder kameralistisch zu gestalten, durch die Möglichkeit erweitert wird, zukünftig auch doppische, d. h. an betriebswirtschaftlichen Aspekten orientierte Haushalte zu erstellen. Es sollen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass unabhängig vom System des jeweiligen Haushalts- und Rechnungswesens die statistischen Anforderungen und sonstige Berichtspflichten kompatibel zur Verfügung gestellt werden. So wird etwa sichergestellt, dass die Länder, die ausschließlich die Doppik einführen, weiterhin Daten auf einer einheitlichen Grundlage liefern.

### **Bessere Informationen für Aktionäre**

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wurde das Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie beraten. Mit dem Gesetzentwurf soll eine EU-Richtlinie über die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften in nationales Recht umgesetzt werden. Hauptziel der Richtlinie ist die Verbesserung der Aktionärsinformation bei börsennotierten Gesellschaften sowie die Erleichterung der grenzüberschreitenden Ausübung von Aktionärsrechten.

### **Zitat**

„Wir haben das im ersten Wahlgang geschafft. Wir freuen uns sehr darüber. Wir halten ihn für den Präsidenten, den Deutschland in dieser Situation braucht.“

(Bundeskanzlerin Angela Merkel unmittelbar nach der Wiederwahl Horst Köhlers zum Bundespräsidenten)